



Alles Neue macht der Mai

Das Rotmuul im neuen Gewand



Liebe Leser,

Nachdem nun endlich der lästige Schnee aus Stralsund verschwunden ist und überall in der Stadt der Frühjahrsputz auf der Tagesordnung steht, hat sich auch das Rotmuul im Design und in der Organisation verändert. Nach über zehnjähriger Arbeit als Chefredakteur und Vertriebsleiter hat unser Rupert Eilsberger den Staffelstab an ein sechsköpfiges Team übergeben. An dieser Stelle möchten wir ganz herzlich DANKE sagen und hoffen sehr, dass wir den Ansprüchen der Leser des Rotmuuls weiterhin gerecht werden.

Wir möchten alle zwei Monate eine Ausgabe herausgeben. Beiträge jeglicher Art sind herzlich willkommen und sollten immer spätestens bis zum 15. eines geraden Monats (Juni, August, Oktober, Dezember) bei Niklas Rickmann (vorläufiger Redaktionsleiter) eingereicht werden.

Wir sind uns bewusst, dass Änderungen im Design nicht immer auf Gegenliebe stoßen. Wir hoffen aber trotzdem, dass Euch diese erste Ausgabe im neuen Gewand gefällt und wünschen beim Lesen viel Spaß!

Das Redaktionsteam

Neues aus dem Kreisverband

Erwin zu Besuch

Am 9. April trafen sich Erwin Selling und die Mitglieder des Kreisvorstandes zur gemeinsamen Gesprächsrunde. Themen waren nicht nur die Landespolitik, sondern auch die Kommunalpolitik.

Jusos auf Spielplätzen

Die Stralsunder Jusos haben in der Stadt eine Anzahl von Spielplätzen begutachtet und Bewertungen abgegeben. Ziel der Aktion sei es, dass eine Mängelliste den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und bei den Wohnungsbaugesellschaften übergeben werden soll.

SPD-Büro gekündigt

Der Kreisvorstand hat das bestehende SPD-Büro aus Kostengründen zum 30.06. gekündigt. Es werden zur Zeit neue günstige Räume zur Anmietung geprüft. Wer Vorschläge hierfür hat bzw. beim Ausräumen mithelfen kann, melde sich bitte bei Rüdiger Kuhn, Tel.: 307966

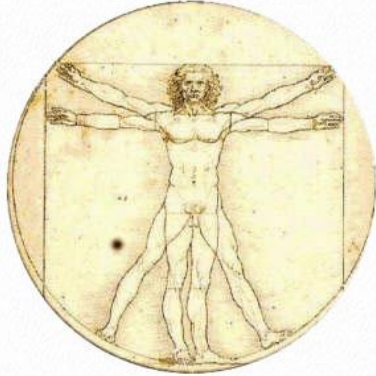
Fraktionspost



Einen Rundgang und ein anschließendes Gespräch mit der Geschäftsführerin Frau Kross führten die Mitglieder der Fraktion am 12. April bei der SIC durch.

Kopfpauschale und kein Ende

Warum die Bürgerversicherung eine soziale Alternative zur Kopfpauschale ist



Schauen wir ein weiteres Mal in den aktuellen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP, so finden wir folgende Formulierung zur Gesundheitspolitik: „Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden. Weil wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest.“ Diese beiden Sätze sind noch etwas schwammig gehalten und typisch technokratisch. Interessant ist aber, welcher Geist dahinter steckt und was er bedeutet: Gesetzlich Versicherte sollen künftig einen einheitlichen Beitrag bezahlen (laut Berechnungen bis zu 200 Euro). Der Arbeitgeberbeitrag wird festgesetzt und steigt nicht weiter an. Ergebnis dieser Regelung ist, dass die Kopfpauschale schneller steigen wird, als die realen

Löhne.

Außerdem plant Schwarz-Gelb die Abschaffung der Familienversicherung und dieses führt zwangsläufig dazu, dass auch Eheleute in Zukunft die Pauschale zahlen müssen. Zwar ist dieser Beitrag etwas niedriger, jedoch zahlen Ehepaare trotzdem doppelt.

Gerade im Niedriglohnsektor droht eine Katastrophe, da bei vielen Menschen die Kopfpauschale höher ausfallen wird, als ihr heutiger Arbeitnehmeranteil an der Krankenversicherung. Hier droht eine finanzielle Überforderung, und Experten schätzen, dass bis zu 30 Millionen Bürger auf staatliche Hilfen angewiesen sein werden. Die Kosten dieser staatlichen Kosten werden auf ca. 30 Milliarden Euro geschätzt! Steigt die Kopfpauschale, steigt parallel auch die Zahl der Hilfebedürftigen und notwendigen staatlichen Zuschüsse Hinzu kommt eine massive zusätzliche Bürokratie, um die Kopfpauschale einzunehmen und zu verwalten. Es gibt Zahlen aus dem Bundesfinanzministerium, die darlegen, dass die Finanzierung der Kopfpauschale entweder durch Erhöhung der Einkommensteuer um drei bis fünf Prozent oder des Spitzensteuersatzes auf 73 Prozent oder aber der Mehrwertsteuer um 2,5 bis 4 Prozent gedeckt werden kann.

Als Schlussfolgerung kann man sagen, dass die Kopfpauschale die Gutverdiener finanziell entlastet, jedoch nicht die Menschen, die auf niedrige Löhne zurückgreifen müssen. Schon jetzt ist der Bundeshaushalt so mit Schulden belastet, dass niemand sagen kann, wie weitere 30 Milliarden Euro finanziert werden sollen – zumal Schwarz-Gelb noch mehr Steuersenkungen verspricht.

Welches Modell kann eine Kopfpauschale verhindern? Es ist allen Gesundheitspolitikern klar, dass auf diesem Feld der Politik dringend Handlungsbedarf besteht. Die SPD hat sich schon seit vielen Jahren für eine Bürgerversicherung stark gemacht. Alle sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung unseres Gesundheitswesens beitragen. Jeder Bürger zahlt Beiträge nach Höhe seines Einkommens, und Wohlhabende können sich nicht mehr aus der Solidarität verabschieden.

Somit können jährlich die Einnahmen der Krankenversicherung mit den Ausgaben Schritt halten. Die Beiträge werden steigen auch deshalb, weil immer weniger Menschen mit stagnierenden Einkommen für steigende Kosten aufkommen müssen. Wenn die hohen Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze von 49.950 Euro in die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen würden, würden die normalen Kostensteigerungen gerechter auf alle verteilt.

Niklas Rickmann

Aufruf

„Gemeinsam für den Erhalt der Wohlfahrtseinrichtungen in kommunaler Hand“

Die Stralsunder Wohlfahrts-gGmbH soll zur Sanierung des Stadthaushaltes verkauft werden. Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, protestieren entschieden dagegen und fordern, dass die Stadt jetzt und in Zukunft ihre Verantwortung für ihre älteren Bürger voll wahrnimmt.

Stralsunder, beteiligen Sie sich an diesem Protest. Mischen Sie sich ein – Es ist unsere Stadt!

Schließen Sie sich unserer Forderung an und unterzeichnen sie den Aufruf „Gemeinsam für den Erhalt der Wohlfahrtseinrichtungen in kommunaler Hand“, der an die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund gerichtet ist. Sie erhalten in den nächsten Tagen und Wochen überall Gelegenheit, den Aufruf zu unterschreiben. Die Unterzeichner wollen den Erhalt der Wohlfahrtseinrichtungen in kommunaler Hand und lehnen eine Veräußerung der Stralsunder Wohlfahrts- gGmbH ab!!

Die Erstunterzeichner

ver.di Stralsund
Anette Golle

Seniorenbeirat Stralsund
Udo Blohm

SPD-Fraktion
Hans-Walter Westphal

Fraktion **DIE LINKE.**
Jan Gottschling

Die Ortsvereine

Ein oder zwei Ortsvereine in Stralsund?

Seit einiger Zeit tagen die beiden Ortsvereine Nord und Süd gemeinsam in der „Wallenstein-Schänke“, ehemalige „Alte Wache“ an der Stadtmauer. Diese Übereinkunft beider Vorsitzender hatte rein pragmatische Gründe, weil wegen zu geringer Teilnahme die Diskussion unter den SPD-Mitgliedern litt. Sie war bei zuletzt ca. 5 – 7 Anwesenden nicht vielseitig, nicht bunt genug.

Die letzte Zusammenkunft am 08. April 2010 mit angekündigter Diskussion zur Erneuerung der SPD von der Basis her konnte (leider) auch nur 13 Mitglieder und 2 Gäste mobilisieren, aber wie sähe es für einen OV aus? Woran liegt das geringe Interesse?

Könnte der Donnerstag unpassend sein? Ist der abgesprochene (!) Termin schon vergeben? Bekommt ihr keine Einladung? Ist ein Genosse grundsätzlich gegen die gemeinsame OV-Sitzung? Oder passen einem die Ortsvereinsvorsitzenden wegen ihrer Herkunft, Art der Moderation oder, oder, oder nicht? Sind die vereinbarten (!) Diskussionsthemen zu lokalpolitisch oder zu überregional gewählt oder einfach irrelevant? Fragen über Fragen, die man stellen kann, insbesondere, wenn im Hinblick auf künftige Strukturveränderungen infolge der Kreisgebietsreform aktuell wird, ob Stralsund einen einzigen Ortsverein bilden sollte.

Liebe SPD-Mitglieder, die Ortsvereine tagen für euch. Sie bilden die Plattform, sich in der SPD zu artikulieren, Einfluss zu nehmen und sich heimisch zu fühlen. Möglicherweise machen wir etwas falsch, so dass diese Ziele aus eurer Sicht nicht erreicht werden. Darüber sollten wir ins Gespräch kommen!!! Und das wiederum geht nur, wenn ihr an der Versammlung teilnehmt. Nur so könnt ihr den Termin und die Themen sowie den Ablauf der Ortsvereinsitzung beeinflussen. Ich verspreche euch die ernsthafte und konstruktive Behandlung eurer Verbesserungsvorschläge.

Dazu haben wir wieder Gelegenheit am 6. Mai dieses Jahres am gleichen Ort um 18.30 Uhr. Solltet ihr keine Einladung erhalten oder mir lieber euren Vorschlag direkt unterbreiten wollen, sprecht mich auf der Maikundgebung an oder greift zum Telefon 03831/490263. Benutzt bitte auch den Anrufbeantworter, ich rufe gern zurück.

Rüdiger Lösekrug

Geschichte der Sozialdemokratie

Wo liegen die Wurzeln des 1. Mai?

Im Frühjahr 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik am 1. Mai auf. Dieses kann als Geburtsstunde des Feiertages gewertet werden. Drei Wochen später hielt August Spies, der Chefredakteur und Herausgeber der Arbeiter-Zeitung, am Abend des 1. Mai 1886 auf einer Versammlung auf dem Haymarket in Chicago eine Rede. Bei einer Protestkundgebung am darauf folgenden Tag eskalierte die Gewalt. Nach der Stürmung der friedlichen Versammlung durch die Polizei, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt. Dieser Tag ging als *Haymarket Affair* in die US-Geschichte ein. Acht Organisatoren der Kundgebung wurden festgenommen und der Verschwörung angeklagt. Vier von ihnen, darunter der Chefredakteur und Herausgeber der Arbeiter-Zeitung, Spies, wurden am Strang hingerichtet. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer der 1. Mai als „*Kampftag der Arbeiterbewegung*“ ausgerufen. Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser „*Protest- und Gedenktag*“ mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen.



Niklas Rickmann

Geburtstagssecke OV Süd

Wir gratulieren herzlich

01.04.	Almut Pingel
25.04.	Elisabeth Honnef
28.04.	Inge Bööck
28.04.	Dörte Lass
03.04.	Dr. Henning Klostermann
04.04.	Wolfgang Obliers
09.04.	Peter Wegner
13.04.	Johannes Oelgemöller
29.04.	Klaus Mohr

Termine

01.05. 9:00	<i>Kundgebung des DGB mit SPD und Juso Ständen Alter Markt</i>
06.05. 18:30	<i>Ortsvereine Nord und Süd In der Wallenstein- schänke, Knieper Wall 14</i>
19.05. 18:00	<i>Juso Filmabend „Bedingungsloses Grundeinkommen“ im Bistro Auszeit, Böttcherstraße</i>

Bildung

**FES Sommerakademie
18.06. – 20.06.2010 Bonn**

Die Sommerakademie wendet sich an in der Kommunalpolitik engagierte junge Menschen, die sich persönlich, fachlich und methodisch zu grundlegenden Themen fit machen wollen.

Kosten: 50 €
(Unterkunft, Verpflegung und Teilnahmegebühr)
Weitere Infos unter:
<http://www.fes-kommunalakademie.de/>

Neue Mitglieder

Juliane Voigt
Heike Carstensen
Gottfried Heinbach
Tim Hänel
Heino Fleischer
Johannes Penk
Brigitta Tornow



Das politische Buch

Julia Friedrich – Gestatten: Elite

Selten habe ich ein soziologisches Buch mit solchem Interesse gelesen, ja verschlungen, wie dieses. Friedrichs, eine noch nicht 30jährige Betriebswirtin und Journalistin macht sich auf, den Elitebegriff empirisch zu erforschen und besucht zu diesem Zweck eine ganze Anzahl von Einrichtungen, in denen junge Menschen ausgebildet werden, die zur Elite gehören wollen und denen man das dort auch so beibringt. Es sind durchweg Einrichtungen, die erhebliche finanzielle Aufwendungen erfordern. Stipendien gibt es nur in sehr geringem Umfang. Die besuchten Einrichtungen waren u.a.

Kindergarten Villa Ritz, 980 € pro Monat, in Planung in Potsdam

Internat Schloss Salem, 30.000 € pro Jahr. Teilstipendien für etwa 30%

Internatsschule Neubeuern, ca. 30.000 €/Jahr. Teilstipendien für ca 20%.

EBS European Business School, Schloss Reichartshausen, 4950 €/Semester

WHU Otto Beisheim School of Management, Vallendar/Koblenz 5.000 €/Semester

Bayrische Elite-Akademie Westerham Feldkirchen bei München, Maximilianeum München

Die Absicht vieler Eltern, ihren Kindern schon so früh wie möglich eine bessere Ausbildung zu verschaffen, führt zur Gründung von privaten Kindergärten und privaten Schulen, die in den Anforderungen erstaunlich anspruchsvoll, aber nicht billig sind. Dies führt zwangsläufig zu einer Spaltung der Gesellschaft.

Eine Spitzenposition unter den privaten Internaten nehmen offenbar Salem und Neubeuern ein. Nun macht man sich freilich eine ganz falsche Vorstellung, wenn man meint, dass sich dort nur die mäßig guten Schüler aus wohlhabendem Hause versammeln. Die Anforderungen sind hoch. Ich habe nur nette, wohlherzogene und fleißige Schüler und Schülerinnen getroffen, sagt Friedrichs. Das soziale Ungleichgewicht in der Herkunft wird dadurch auszugleichen versucht, dass man ganz bewusst eine Leistungselite sein will. Das verstärkt sich noch an den genannten Elite-Hochschulen, der EBS und der WHU. Friedrichs trifft dort durchweg unglaublich ehrgeizige und tüchtige junge Leute, mit einem ganz klaren Blick für den Weg nach oben zu Macht und Geld. Guido Westerwelle hält dort Vorträge. Umfangreiche Netzwerke von Ehemaligen helfen notfalls beruflich weiter.

Eine Ausnahme machen offenbar die beiden bayrischen Elite-Einrichtungen. Hierhin kommt man von vornherein nur durch ganz herausragende schulische Leistungen. Dann gibt es sehr großzügige Stipendien. Es geht dort allerdings nur um eine sehr kleine Gruppe von jungen Leuten.

Niemand kann etwas haben gegen herausragende Leistung und beruflichen Ehrgeiz. Ist also alles in Ordnung? Keineswegs, jedenfalls nicht in Deutschland. Michael Hartmann, ein renommierter Eliteforscher, den Friedrichs viel zitiert, hält die Leistungselite für einen Mythos. Nach seinen Forschungen entscheidet in Deutschland nicht die Qualifikation, sondern immer noch die soziale Herkunft über die Aufstiegschancen. „Wir haben festgestellt, schreibt er, dass von den Vorstandsvorsitzenden der hundert größten deutschen Unternehmen 85% aus dem gehobenen Bürgertum und dem Großbürgertum stammen.“ Die Oberschichten stellen zudem fast 2/3 der oberen Verwaltungsbeamten und auch in der Politik zeigt sich eine vergleichbare Entwicklung.

Im Laufe ihrer Recherchen sieht Friedrichs den Elite-Begriff immer kritischer. Offenbar dient er dazu, die Gesellschaft in „Elite“ und „Masse“, in Geförderte und Ungeförderte, in Gewinner und Verlierer zu teilen. Das kann man gerade auch als Sozialdemokrat nicht wollen. „Elite sein, das heißt Verantwortung zu übernehmen, sich für andere zu engagieren... Mir graust vor Menschen, denen es nur um die eigene Karriere geht“. Diese Worte eines Studenten der bayrischen Elite-Akademie gefallen Friedrichs schon besser. Wer eine Elite will, so ihr Fazit, soll erst einmal genau sagen, was er mit diesem oft missbrauchten Begriff meint.

Rupert Eilsberger



Die Ortsvereine

Zusammen oder getrennt tagen?

Eine organisatorische Zusammenführung unserer beiden Ortsvereine Nord und Süd haben wir eigentlich in mehreren Diskussionen schon ausgeschlossen. Aber die Frage, ob wir lieber getrennte oder gemeinsame Sitzungen abhalten wollen, ist noch nicht entschieden und kam nach der letzten (gemeinsamen) Sitzung am 8.4. wieder auf. Die Sitzung selber hat keine Antwort auf diese Frage gegeben: Weder hat die Anzahl der Anwesenden eindeutig für gemeinsame Sitzungen gesprochen, noch hatten wir Zeit für eine längere Diskussion darüber. Aber noch wichtiger: Eine Befragung der vielen nicht Anwesenden war natürlich nicht möglich. Als Ausweg schlage ich eine Abstimmung per e-Mail oder Telefon vor. Weil viele unserer Genossen schon überlastet sind, will ich das übernehmen und für den Fall von getrennten Sitzungen gleich unsere Halle Mönchstraße 12 für den OV Süd zur Verfügung stellen. Mailt oder ruft also an:

Anton WERNER, Tel. 309396; mir ist eine e-Mail lieber: aawerner@gmx.de

Anton Werner



Impressum

Rotmuul Nr. 2 /Mai 2010

Herausgeber

SPD Kreisverband HST
Heilgeiststraße 76
18439 Stralsund

V.i.S.d.P.

Klaus Mohr

Satz und Layout

Download unter:

www.spd-stralsund.de